

## An Stelle einer Einleitung:

### ❖ Einladung zur Landesmitgliederversammlung 19.03. 2017 Hannover

Liebe Genossinnen und Genossen!

Hiermit möchten wir Euch zur Landesmitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft Gerechter Frieden Nahost in und bei derLINKEN. Niedersachsen einladen.

19. März 2017, 12:00 bis 17:30 Uhr Hannover

Mit dem Jahr 2017 stehen uns spannende Zeiten bevor. Es jähren sich 50 Jahre militärische Besatzung, 70 Jahre UN Teilungsplan und 100 Jahre Belfour Deklaration. Eine Vielzahl von Veranstaltungen wird versuchen, das Thema Gerechter Frieden für und in Palästina wieder in die öffentliche Aufmerksamkeit zu rücken. Ein Umstand, der den Freunden israelischen Siedlungsbaus ganz und gar nicht passt und den sie mit all ihren Mitteln und Methoden verhindern wollen.

2016 haben wir in Niedersachsen eine Zahl aggressiver Angriffe der Antideutschen/Zionisten erlebt. In Hildesheim wurden die Rektorin, die Fakultätsleiterin und die Seminarleiterin der HAWK – Fachhochschule genötigt, zurückzutreten, weil sie nicht nach der Pfeife der Antideutschen/Zionisten tanzen wollten. In Göttingen mußte die Nakba Ausstellung aus den Räumen der Uni in eine private Galerie verlegt werden und in Oldenburg wurde auf gerichtlichem Wege versucht, unserem Freund und Mitstreiter Christoph Glanz mit dem Antisemitismusvorwurf zu diffamieren und ihm Berufsverbot zu erteilen. In allen Fällen wird das gleiche Muster angewendet, dass darauf zielt, zu diffamieren, zuskandalisieren und zum Rückzug aus der Solidaritätsarbeit zu zwingen. Immer arbeiten dabei verschiedene nationale und internationale Akteure zusammen.

Aber auch bundesweit wurden viele Veranstaltungen verboten, bzw. mußten in andere Räumlichkeiten ausweichen. Aktuell wird in Berlin versucht, die Lehrbeauftragte Eleonora Roldán Mendivil aus der FU Berlin zu

drängen. Bitte unterzeichnet diese Petition, die sich gegen den Vorwurf des Antisemitismus wendet:

<https://www.change.org/p/hoerschulinitiative-f%C3%BCr-kritische-lehre-f%C3%BCr-eine-offene-diskussion-keine-vorverurteilung-der-lehrbeauftragten-erold%C3%A1n-mend%C3%ADvil>

War 2016 erst der Auftakt zu einer zionistischen Diffamierungskampagne, deren Ziel es ist, den Protest **gegen 50 Jahre Besatzung** zu diskreditieren, wie Annette Groth vermutet?

Auch die Wahl von Donald Trump zum neuen US Präsidenten lässt uns sehr aufmerksam hinschauen und wird uns als politische Akteure fordern. Sein Plan, die US -Botschaft nach Jerusalem zu verlegen und die Bekundung, er fühle sich zuallererst der Sicherheit Israels verpflichtet, stellen keinen Fortschritt in der Nahost Politik dar.

Der LandessprecherInnenrat hat 2016 eine Vielzahl von Stellungnahmen abgegeben und sich nachdrücklich in Solidarität geübt mit AktivistInnen und GenossInnen in Niedersachsen und darüber hinaus, die z. T. rabiatischen Angriffen ausgesetzt waren. Diese Offensive wird geführt von politischen Kräften und Medien, die sich der Definition „israelfeindlicher Antisemitismus“ verpflichtet fühlen, für die jede noch so vorsichtige Kritik an der Besatzungs-Siedlungs- und Apartheidpolitik Israels (vor 3 Tagen durch den letzten Bericht der ESCWA <https://www.unescwa.org/> bestätigt) nach dem „Haftbefehl des Antisemitismus (Prof. Rolf Verleger) schreien lässt. Diese „Verhaftung“ geht immer einher mit einer medialen Schutzkampagne, um unseren Protest zum Verstummen zu bringen. Die LAG ist aktuell im Netzwerk der Solidarität in Deutschland sichtbar vernetzt und als verlässlich anerkannt. Wir arbeiten auch im Bundesarbeitskreis BAK mit und sind bemüht, den innerparteilichen Diskurs zu führen.

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hälfte der Mitglieder des LspR's aus unterschiedlichen Gründen die aktive Mitarbeit eingestellt hat. Eine Neuwahl des LspR's ist nicht nur umgänglich, sondern unbedingt notwendig. Besonders auch, weil die Arbeit auf den Schultern von sehr wenigen GenossInnen ruht, die in Zukunft das so nicht

mehr leisten können, ohne eure solidarischen Unterstützung und arbeitsteilige aktive Mitarbeit in der LAG. Wenn wir in 2017 die Aufgaben meistern wollen, die vor uns liegen, dann müssen sich wieder mehr Mitglieder engagieren. Deshalb hier der Aufruf an Dich, an der LMV teilzunehmen und Dir zu überlegen, ob Du Dich nicht im **Landessprecherrat** engagieren möchtest.

Bitte überlege auch im Vorfeld,

was wir besser machen müssen, wo die Knackpunkte unserer Arbeit in und außerhalb der Partei liegen und was angesichts der aggressiven Aktionen gegen uns an solidarischen Netzwerken notwendig ist.

Welche **Ideen für Aktionen** hast du, unter welchen Bedingungen sind sie bei dir vor Ort leistbar. Wo kannst du mit welchem Pensum mitarbeiten?

Wie werden wir in 2017 wieder sichtbar auf der Straße und vernetzen uns in der Fläche mit Organisationen und Zusammenschlüssen vor Ort und in der Bundesrepublik, um gemeinsam solidarisch und wirksamer zu arbeiten?

Was muss im Landesverband der LINKEN passieren, damit die notwendigen Diskussionen zum **Antisemitismusvorwurf** geführt werden in den Kreisverbänden?

**Welche Erfahrungen hast du ?**

**Welche Hindernisse siehst du ?**

.....  
 .....

**Woran messen wir Erfolge?**

Der LSPR ist überzeugt, dass nur eine mit palästinensischen und israelischen Menschenrechtsaktivisten international gemeinsam getragene, gewaltfreie Bewegung letztlich in der Lage sein kann, die sich gegenwärtig dramatisch verschärfende aggressive israelische Politik der Besatzung und Diskriminierung gegen die Palästinenser in Palästina und Israel zu beenden, sie zu ächten und den Weg zu einer Friedenslösung zu weisen!

DIE LINKE. als internationalistische Friedenspartei ist aufgefordert, mit unseren politischen Forderungen die Bundesregierung zu veranlassen und zu zwingen, andauernde Verletzungen der Menschenrechte und der Normen des Völkerrechts durch die rechtskonservative israelische Regierung zu kritisieren und zu sanktionieren. Es gilt, den erforderlichen diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Druck auf Israel auszuüben. Ein wichtiger Schritt ist die Aussetzung des Assoziierungsabkommens Israel /EU. Ein weiterer „Schluss mit der militärischen Zusammenarbeit mit Israel.“

Dazu muss die politisch konsequente und solidarische Debatte in unserer Partei jetzt geführt werden, eine Debatte, die über ein abstraktes Bekenntnis zu Israel hinausgeht und die Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfes in der Partei nachdrücklich zurückweist.

**2016**

**24.01.2016**

**LANDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG HANNOVER**

Am **24. Januar 2016** fand in Hannover eine LMV statt- (anwesend: 16 Mitglieder)

Aus dem Rechenschaftsbericht:

- **Diskussion unserer Antrages A 13 an den Landesparteitag**

„Für eine friedliche und gerechte Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes“

(Antragsteller\*innen: LAG Gerechter Frieden Nahost, AKL Niedersachsen, LSpR Linksjugend [solid])

[http://www.dielinke-nds.de/uploads/media/A\\_13\\_Antrag\\_Nahostkonflikt\\_-\\_LAG\\_gerechter\\_Frieden\\_in\\_Nahost.pdf](http://www.dielinke-nds.de/uploads/media/A_13_Antrag_Nahostkonflikt_-_LAG_gerechter_Frieden_in_Nahost.pdf)

Für die LAG Nahost ist es auf dem LPT ein Ziel mit ihrem Antrag die Verurteilung der Antisemitismusvorwürfe zu erreichen, die als Mittel innerparteilicher Machtkämpfe eingesetzt wurden. Ebenso streiten wir für die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens.

- Einführungsreferat von der **PI Palästina-Initiative** Hannover und Bericht über letzten Reise nach Israel-Palästina und sonstigen Aktivitäten-
- Wahlmänner/frauen für den Landesausschuss gewählt (Edgar / Meike)

#### 4.-6.3.2016

#### DPG JAHRESVERSAMMLUNG – GEWALTFREIER WIDERSTAND

(TEILNAHME: KERSTIN)

<http://dpg-netz.de/images/stories/pdf/2016jahrestagung/tagung2016flyer.pdf>

#### 3.4.2016

Nai Barghouti übermittelte via Facebook eine Stellungnahme ihres Vaters **Omar Barghouti** bezüglich der Morddrohungen von Minister\*innen gegen BDS-Aktivist\*innen.

<http://bds-kampagne.de/2016/04/03/israelische-minister-rufen-zur-zivilen-gezielten-toetung-von-bds-aktivisten-auf-omar-barghouti-israelische-regierung-bedroht-palaestinensische-verteidiger-der-menschenrechte/>

Die LAG und der BAK schreiben die folgende Stellungnahme:

#### DAS RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG UND GEWALTFREIEN WIDERSTAND VERTEIDIGEN

Presseerklärung des BAK / Bundesarbeitskreises Gerechter Frieden Nahost (DIE LINKE) vom 03.04.16

Wir sind bestürzt über das jüngste Statement von Omar Barghouti, Mitgründer der BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions), in dem er die Drohungen israelischer Minister\*innen gegen BDS-Aktivist\*innen als Aufruf zu physischer Gewalt wertet. Insbesondere die jüngste Äußerung des israelischen Geheimdienstministers Yisrael Katz, in der er die „gezielte zivile Beseitigung“ von BDS-„Führern“ fordert, ist in den Augen Omar Barghouthis geeignet, als Aufruf zum Mord verstanden zu werden. Extremist\*innen könnten den Zusatz „zivil“ dahingehend interpretieren, dass Zivilist\*innen, nicht also Armee oder Geheimdienste, solche Morde ausführen sollten. Die sich häufenden Drohungen gegen Aktivist\*innen der BDS-Bewegung müssen sehr ernst genommen werden. Gerade der Hintergrund, vor dem sie erfolgen, lässt alle Alarmglocken läuten: Die israelische Regierung und die israelischen Sicherheitsdienste praktizieren routinemäßig außergerichtliche Hinrichtungen von Palästinenser\*innen, Siedler\*innen begehen schwerste Übergriffe gegen und Morde an palästinensischen Zivilist\*innen und sind in den allermeisten Fällen vor jeglicher Strafverfolgung „sicher“. Vielmehr werden sie sogar von den israelischen Sicherheitsdiensten bei ihren Verbrechen gedeckt und unterstützt sowie von Politiker\*innen dazu aufgestachelt. Die seit vielen Jahren sich verstärkende Rechtsentwicklung in Israel sowohl unter der Zivilbevölkerung als auch unter Politiker\*innen ist erschreckend. Immer offener und radikaler wird auch von Mitgliedern des Kabinetts Netanjahu dazu aufgerufen, die Palästinenser\*innen zu ermorden und zu vertreiben. Die israelische Friedensbewegung ist genau wie die palästinensische Zivilbevölkerung, wie Flüchtlinge und jegliche Minderheiten, massiven und brutalen Übergriffen ausgesetzt. Wer sich nicht an die Linie der rechts-religiösen Regierungskoalition hält, wird als „Verräter“ für vogelfrei erklärt. Diejenigen, die natürliche Partner\*innen für jeden, der nach Frieden im Nahen Osten strebt, sein müssten, werden von der internationalen Gemeinschaft schändlich im Stich gelassen.

Die weltweite BDS-Bewegung, die 2005 durch einen Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft ins Leben gerufen wurde, fordert Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel, bis es sich an das Völkerrecht hält und den Palästinenserinnen und Palästinensern ihr Recht auf Selbstbestimmung zugesteht. Sie agiert völlig gewaltlos und macht lediglich von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch. Die BDS-Bewegung bezeichnet sich explizit als der universellen Erklärung der Menschenrechte verpflichtet. Sie lehnt alle Formen von Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus ab.

Der Aufruf, zivil Protestierende anzugreifen oder gar zu ermorden, darf nicht einfach hingenommen werden. Es geht hier nicht mehr darum, wie man zu BDS steht oder welche Mittel des Protests man selbst wählen würde oder nicht. Es geht auch nicht darum, wie man zum Nahost-Konflikt steht oder welche Lösungsansätze man bevorzugt. Jeder Demokrat und jede Demokratin ist verpflichtet, aufzustehen, wenn zivil Protestierende bedroht werden, wenn das Recht auf freie Meinungsäußerung mit Füßen getreten wird!

Nicht „nur“ die israelische Regierung und ihre radikalsten Vertreter\*innen sind verantwortlich für die grassierende Gewalt gegen Andersdenkende. Auch die Bundesregierung und die EU, die diese Regierung gewähren lassen, die lediglich folgenlose und zumeist viel zu zahme Erklärungen abgeben, tragen eine Mitschuld. Weiterhin werden Waffen an Israel geliefert, ernsthafte Konsequenzen haben auch die radikalsten Scharfmacher nicht zu befürchten. Die internationale Gemeinschaft lässt die israelischen Regierungen schon viel zu lange gewähren. Anstatt die Aufrufe zu physischen Übergriffen gegen BDS-Aktivist\*innen genau wie gegen viele andere Gruppen laut und deutlich zu verurteilen, beteiligt sich die Bundesregierung wie auch andere Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und die US-Regierung an deren Kriminalisierung und schränkt das Recht auf freie Meinungsäußerung auch hierzulande ein. Sie trägt eine Mitschuld an jedem in israelischen Kriegen Getöteten, an jedem „gezielt“ Hingerichteten und an jedem von radikalen Siedler\*innen Ermordeten!

**30.3.2016**

#### **AKTION GERECHTER FRIEDEN NAHOST MIT EINEM STAND in der Göttinger Fußgängerzone**

(dabei Eberhard, Meike, Edgar von der LAG) Am Mittwoch, dem 30. März 2016, war die **AKTION GERECHTER FRIEDEN NAHOST MIT EINEM STAND in der Göttinger Fußgängerzone** aktiv. Anlass war **der Tag des Bodens**, an den jedes Jahr weltweit gedacht wird. Der Jahrestag war Anlass, um auf den andauernden Prozess von Vertreibung und Entrechtung in Palästina aufmerksam zu machen. Wir haben hunderte von Flugblätter verteilt und viele interessante Gespräche geführt. Bei schönstem Wetter war es eine gelungene Aktion.



11.05.2016

## “LESUNG: FRÜHSTÜCK MIT DER DROHNE” HANNOVER

<https://lagnahost.wordpress.com/2016/04/29/lesung-fruehstueck-mit-der-drohne/comment-page-1/#comment-7>

### Frühstück mit der Drohne

Der palästinensische Schriftsteller Atef Abu Saif (Gaza) liest am 11. Mai 2016, ab 20 Uhr im Medienhaus Hannover (Schwarzer Bär 6; Eingang über Minister-Stüve.-Straße) aus seinem Buch „Frühstück mit der Drohne. Tagebuch aus Gaza“ Der Eintritt ist frei. Veranstalter sind das Medienhaus Hannover e.V., die Palästina- Initiative (PI) Hannover, die LAG Gerechter Frieden in Nahost (Die LINKE. Niedersachsen) und die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (DPG) geschieht. Wie er mit seiner Frau den Alltag bewältigt. Wie er seinen Kindern zu erklären versucht, warum sie nicht auf die Straße dürfen. Wie er mit der Angst kämpft, wenn vor dem Fenster die Drohne surrt.

Moderation und Organisation der Veranstaltung

Andreas Brändle, Kerstin Cademartori, Rezzak, Meike, Eberhard für den LSPR DIE LINKE.

Dolmetscherin Doris Sauermaun-Westwood (englisch-deutsch)

Gäste

Dr. Atef Abu Saif , Schriftsteller und Wissenschaftler, Gaza

Inge Höger, MdB DIE LINKE., Berlin, Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ekkehard Drost, Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, Göttingen

Die Veranstaltung (veranstaltet von Medienhaus Hannover, LAG Gerechter Frieden DIE LINKE, PI Hannover, DPG) war mit ca. 100 Gästen in dem kleinen Medienhaus sehr gut besucht und im wahrsten Sinne des Wortes intensiv, berührend und manchmal hitzig !. Die Zweiteilung der Veranstaltung in eine Lesung und eine nachfolgende Podiumsdiskussion (siehe Ablaufplan unten) wurde vom sehr interessierten Publikum gern angenommen, leider kam die eigentliche Diskussion mit dem Publikum trotz der Länge der Veranstaltung (von 20:00 Uhr bis 22:30 Uhr) etwas zu kurz. Das bedauern wir und lernen gerne daraus. Die Lesung in englischer, deutscher und arabischer Sprache (Atef/Kerstin) im Angesicht bewegter TV-Bilder aus dem zerstörten Gaza-Streifen, ergriff alle Anwesenden. Die klare, eindringliche, sehr persönliche Sprache Atefs in seinem Tagebuch aus GAZA nahm uns mit auf eine schmerzhafteste Reise in ein vom Krieg bedrohtes und zerstörtes Land, die atemlos machte...wir meinten, das Summen der Drohnen zu hören und den Duft der Platanen zu spüren und begriffen, warum es für dessen Bewohner trotzdem der schönste Flecken auf der Erde blieb. Unter ständiger Anwesenheit des Summens der israelischen Drohnen versuchten sie, die Gratwanderung zwischen Lebenswillen und Todesangst zu bewältigen.... Den eigenen Kindern die Angst vor dem tagtäglichen Krieg erträglicher zu machen und dabei selbst am Überleben zweifeln zu müssen... das waren starke Bilder, die dank der wunderbaren Erzählkunst des außergewöhnlichen und in seinem Land gefeierten palästinensischen Autors im Raum erwachsen. Lebensmut tagtäglich



zu vermitteln, auch und gerade weil dieses Leben in einem fürchterlichen und mörderischem Krieg tausendfach in Frage gestellt wurde, das war eine der eindrücklichen Botschaften des Autors. Viel ließe sich noch über die Schönheit seiner Erzählkunst berichten, aber bitte lest das Buch selbst.

### 13.4.2016

LSPR unterzeichnet:

**AUFRUF EUROPEAN COORDINATION OF COMMITTEES AND ASSOCIATIONS FOR PALESTINE**  
<http://www.eccpalestine.org/european-call-stop-the-criminalisation-of-the-bds-movement-for-justice-in-palestine/>

**Petition: Schluss mit der Kriminalisierung der BDS-Bewegung für Gerechtigkeit in Palästina!**  
**LASST UNS DAS RECHT AUF BDS UNTERSTÜTZEN !**

Sehr geehrter Herr Junker - Präsident der Europäischen Kommission,  
 Sehr geehrte Frau Astola - Generaldirektorin für Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission,

wir, die unterzeichnenden BürgerInnen Europas sind höchst alarmiert über die fortwährenden Versuche einiger europäischer Regierungen, den politischen Aktivismus gegen die israelischen Völkerrechtsverletzungen zu kriminalisieren....

### 17.04.2016

**SAEED AMIREH - HELP ME REACH MY DREAM OF STUDYING JOURNALISM IN FRANCE–**  
**KAMPAGNE ZUR FINANZIERUNG SEINES UNIVERSITÄREN SPRACHKURSES IN PARIS**

<http://saeedamireh.com/campaigns/saeeds-education-fund/>

Februar 2015...Liebe MitstreiterInnen! bei uns zu Gast in Göttingen. Er hat bei uns über das Schicksal seines Saeed Amireh braucht eure Hilfe. Im November letzten Jahres war Saeed Dorfes berichtet, vom Terror der Siedler und der israelischen Besatzungsarmee und wie er mit ansehen mußte wie viele seiner Freunde und Verwandten getötet wurden. Durch seine Tätigkeit als Blogger hat er den unbewaffneten Widerstand in Ni`lin weltweit berühmt gemacht und durch seine Fundraising Aktionen konnte er nicht nur seinen Vater aus dem Gefängnis befreien, sondern auch den Widerstand seines Dorfes unterstützen. Sein größter Wunsch ist es Journalismus zu studieren. Nun hat er in Frankreich einen Studienplatz gefunden. Die einzige Hürde ist die, daß er einen französischen Sprachtest bestehen muß. Der Vorbereitungskurs dafür kostet insgesamt 5400 Euros ( 225€ pro Woche ) und er hat nur noch zehn Tage Zeit dieses Geld aufzutreiben. Es ist wohl seine letzte Chance auf einen Studienplatz. Saeed hat sehr viel für das Wohl anderer Menschen getan. Er hat unter Bedingungen gekämpft, die ungleich schwieriger sind als die in Deutschland. Dafür hat er nicht nur unseren Respekt verdient. Wir sollten ihm auch helfen seinen Lebenstraum zu verwirklichen. Damit er seinen Leuten besser zur Seite stehen kann als zuvor. Deshalb, liebe MitstreiterInnen, bitte ich euch, euch ebenfalls an Saeeds Education Fund zu beteiligen.  
 Viele Grüße, Eberhard

About



Saeed Amireh is Palestinian, born 1991 in the village of Nibin, West of Ramallah. His village is situated in Area C, part of the 60% of the West Bank which is under full Israeli military rule, and is strongly affected by the surrounding colonies and the Wall. The imprisonment of his father pushed him, at 17 years old, to reach out to the world via social networks, teaching himself English, in order to raise the toll for his father and other political prisoners. As a former political prisoner himself and human rights defender, he has risen awareness all around the world about the life of Palestinians under the Israeli occupation by participating to international conferences and debates in different countries such as Sweden, Norway, Germany, France, Finland, Spain, Italy and Australia.

Aktuell hat Saeed seinen C1 in Montpellier bestanden und bemüht sich um ein Universitätsvisum für ein Studium des Journalismus in Montpellier! Er ist sehr glücklich. Lest seinen Blog: [Saeeds Blog: http://saeedamireh.com/2017/02/](http://saeedamireh.com/2017/02/)

Ab Mai 2016

## VORWURF DES ANTISEMITISMUS – DIE KAMPAGNE GEGEN CHRISTOPH GLANZ IN OLDENBURG

LAG MISCHT SICH EIN – OLDENBURGER OB NIMMT RAUMÜBERLASSUNG ZURÜCK

<https://lagnahost.wordpress.com/>

ZU DEN VORWÜRFEN GEGEN DEN BDS-AKTIVISTEN CHRISTOPH GLANZ UND DIE BERICHTERSTATTUNG IN DER NWZ FOLGENDE STELLUNGNAHME:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Aktivisten und Aktive,

lest bitte untenstehend die PM zu den Hintermännern und Hintergründen der Schmutzkampagne, die zionistische Kreise und eine sich fest der „Staatsräsion“ der Bundesregierung verbunden fühlende Israel-Lobby in Deutschland seit Monaten gegen Christoph Glanz führen. Christoph ist ein aufrechter, international anerkannter Menschenrechtsaktivist der international organisierten und unterstützten BDS-Kampagne. Unsere LAG fühlt sich den Zielen, die die BDS-Bewegung formuliert, ausdrücklich verbunden:

1. Beendigung der Besatzung und Kolonialisierung des 1967 besetzten arabischen Landes und Niederreißen der Mauer.
2. Anerkennung der Grundrechte der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf vollständige Gleichberechtigung.
3. Achtung, Wahrung und Unterstützung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge, wie in UN-Resolution 194 festgelegt, auf Rückkehr zu ihren Wohnstätten und Schadensersatz bei Verlust oder Beschädigung ihres Eigentums oder auf Entschädigung für den Fall, dass sie nicht zurückkehren wollen.....

**Am Freitag, 13. Mai 2016 schrieb Stadt Oldenburg**

Sehr geehrter Herr Glanz,

es tut mir leid, Ihnen mitzuteilen, dass die Stadt Oldenburg von der mit Ihnen für den 18. Mai vereinbarten Raumüberlassung im Kulturzentrum PFL zurücktreten muss. Die näheren Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem anliegenden Schreiben.

Das Original des Schreibens wird Ihnen auf dem Postweg übersandt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Hans-Dieter Remmers

Fachdienst Kulturbüro

-----  
Stadt Oldenburg. Amt für Kultur und Sport. D-26105 Oldenburg

**LSPR nimmt Stellung:**

Sehr geehrter Herr Remmers,

auch ich muss von Hannover aus mein Unverständnis und meine Kritik angesichts Ihres ablehnenden Bescheides zu der geplanten BDS-Informationsveranstaltung hiermit kundtun. Viele Argumente wurden Ihnen bereits von Bürgerinnen und Bürgern entgegengehalten und ich unterstütze sie alle.

Darüber hinaus gestatte ich mir die folgenden Überlegungen: Die Stadt Oldenburg hat im Jahr 2004 den Preis an den hervorragenden Noam Chomsky vergeben. Ich achte Herrn Prof. Chomsky vor allem auch, weil er seit 2008 das Free Gaza Movement, welche er als „mutiges und notwendiges Unterfangen“ bezeichnet, unterstützt. Besonderes Aufsehen erregte im Rahmen dieser Initiative im Mai 2010 der Versuch einer Flotille von 6 Schiffen, die israelische Blockade des GAZA-Streifens zu durchbrechen und die Menschen dort mit dem Notwendigsten zu versorgen. Ein zutiefst menschliches Unterfangen, das unter anderem von drei Bundestagsabgeordneten der Partei Die Linke und dem weltberühmten schwedischen Schriftsteller Henning Mankell begleitet wurde. Die Flotte wurde am 31. Mai 2010, wie zuvor bereits mehrfach von Israel angekündigt, von der israelischen Marine in internationalen Gewässern geentert. Dabei kamen neun Menschen ums Leben!

Und vor wenigen Tagen konnten wir in Hannover den bekannten Schriftsteller aus GAZA, Herrn Dr. Atef Abu Saif zu einer sehr berührenden Lesung seiner Tagebuches "Frühstück mit der Drohne" begrüßen ( anwesend war auch eine Beteiligte der GAZA- Flotille) Er schilderte in seinem Werk das Leben der Menschen im GAZA-Streifen im letzten GAZA - Krieg 2014 und berichtete davon, dass Israel bis heute den Art. 55 der IV. Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen missachtet . Dieser Artikel verpflichtet die Besatzungsmacht, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebens- und Arzneimitteln sicherzustellen. In diesem von Checkpoints abgeschnürten, zerstörten, wasserlosen Stückchen Erde GAZA müssen die Menschen bis heute eine Leben unter völkerrechtswidriger Besatzung fristen - unter den Augen der Weltöffentlichkeit ! Herr Dr. Saif lebt bewusst in GAZA mit seinen 5 Kinder, er gibt so auch den Menschen dort Mut, denn Kunst lässt Menschen spüren, dass sie leben! Er wurde auf seiner Lesereise in 10 Städten der Bundesrepublik empfangen und 10 mal gab es Veranstalter, die sich der politischen Aufklärung und der Kunst gleichermaßen verbunden fühlten - angekündigten Provokationen zum Trotz. Ebenso geschehen vor Monaten in Bremen, wo der Veranstalter "Weserterassen" zunächst auf Druck die Veranstaltung mit dem Historiker Prof. Arne Stromeyer zum Thema "Antisemitismus" absagte, dann aber Wochen später diese doch gestattete und zu Beginn der Veranstaltung eine Erklärung verlas, in der die "Weserterassen" das Publikum darüber informierten, mit welchen Mitteln und Methoden sie erpresst worden waren. Danach kam ein eindeutiges Bekenntnis zur Demokratie und dem Recht auf Meinungsfreiheit und der Applaus der ca. 100 anwesenden Besucher und Besucherinnen.

Ich hoffe, die Repräsentanten der Stadt der Wissenschaft Oldenburg, revidieren ihre Entscheidung auch im Vermächtnis CARL VON OSSIETZKYS, der 1936 den Nobelpreis für den Frieden mit den Worten entgegennahm, er sei ein "Zeichen der Verständigung zwischen den Völkern."

mit freundlichen Grüßen, Kerstin Cademartori, Hannover

**Brief eines Genossen der LAG in Solidarität mit Christopher, den ich hier veröffentlichen darf:**

"Liebe GenossInnen,

die scharfe Auseinandersetzung darüber, was Antisemitismus bzw. Israelhass ist und was die dringend notwendige Solidarität mit dem palästinensischen Volk und seinen

unveräußerlichen Menschenrechten ist, wird auf allen Ebenen massiv weitergeführt. Dazu der heutige NWZ-Artikel über Christoph Glanz, der in unserer Region, aber auch

bundesweit in vorbildlicher Weise durch seine Person und sein Wirken die für LINKE und Linke einzig mögliche Perspektive verkörpert: nämlich Solidarität mit dem israelischen

und dem palästinensischen Volk in völliger Gleichberechtigung!

Solidarität ist nicht aufteilbar, sondern sie ist das entscheidende weltweit wirksame Lebensprinzip unserer Zukunft, welches für alle Völker ohne jede Ausnahme gleichermaßen gilt.

Das wissen die rassistisch motivierten Zionisten und Todfeinde der PalästinenserInnen sehr genau. Ihre einzige Chance ist deshalb die unflätige Hetze gegen Menschen wie Christoph,



der mehrere Jahre in Israel/Palästina gelebt hat und die hebräische Sprache beherrscht. Sie haben keine andere Waffe gegen ihn als die Beleidigung als Antisemit (=Nazi!!) und die

Verleumdung als Terrorist bzw. Terrorbegünstiger. Dadurch hoffen sie, jeder ernsthaften Diskussion aus dem Wege gehen zu können. Und ihre deutschen Freunde hier vor Ort

machen da kräftig mit! Was für eine Verlogenheit, Dummheit und Feigheit!

Etwas ganz Ähnliches wie Israel gegenüber den PalästinenserInnen tun Erdogan und die heutige Türkei gegenüber den KurdInnen innerhalb und außerhalb der Türkei. Jede/r weiß das!

Während der Bundestag und die überwiegende deutsche Öffentlichkeit zu diesem Diktator und seinem System endlich!!! eine kritische Haltung eingenommen haben, verhalten sie sich zu Netanjahu und seinem rechtsgerichteten rassistischen System genau entgegengesetzt, weil sie wegen des einzigartigen Holocaust-Verbrechens der deutschen Faschisten ein schlechtes Gewissen haben und auf die Selbstbezeichnung Israels als "einzige Demokratie des Nahen Ostens" hereinfließen. Das diese Art "Demokratie" für PalästinenserInnen gar nicht oder nur sehr eingeschränkt gilt, stört sie in keiner Weise. Welche Heuchelei! Laßt nicht nach, der Wahrheit und der Solidarität zum Durchbruch zu verhelfen!

## **BAK GERECHTER FRIEDEN NAHOST UND LAG ÜBEN SOLIDARITÄT MIT CHRISTOPH – GEMEINSAMES HANDELN FÜR DIE SOFORTIGE BEENDIGUNG DER WIDERRECHTLICHEN ISRAELISCHEN BESATZUNG IN PALÄSTIN**

Ⓢ

Ⓢ

Palästina/Israel: **Unrecht dokumentieren und  
Gerechtigkeit einfordern - in Oldenburg  
nicht möglich?**

von Christoph Glanz

[HTTPS://WWW.NWZONLINE.DE/R/NWZ\\_CMS/NWZ/STEHSATZ/OLDENBURG/GRAFIKEN/ARTIKELCGLANZ.PDF](https://www.nwzonline.de/r/nwz/cms/nwz/stehsatz/oldenburg/grafiken/artikelcglanz.pdf)

[HTTPS://LAGNAHOST.WORDPRESS.COM/2016/10/20/SOLIDARITAET-MIT-CHRISTOPH-GLANZ-GEMEINSAMES-HANDELN-FUER-DIE-SOFORTIGE-BEENDIGUNG-DER-WIDERRECHTLICHEN-ISRAELISCHEN-BESATZUNG-IN-PALAESTINA/](https://lagnahost.wordpress.com/2016/10/20/solidaritaet-mit-christoph-glanz-gemeinsames-handeln-fuer-die-sofortige-beendigung-der-widerrechtlichen-israelischen-besatzung-in-palaestina/)

Kerstin per Mail an LAG:....Ich habe euch gestern die "Jüdische Rundschau" gesendet mit dem Interview mit der SPD-Abgeordneten der **Oldenburger SPD-Stadtratsfraktion Sarah Riehl** und dem Vorsitzenden der DIG Oldenburg. Riehl klagt jetzt im Hauptverfahren gegen die erstinstanzliche gerichtliche Entscheidung, "sie dürfe Christoph Glanz, Lehrer und BDS-Aktivist aus O. nicht mehr als "stadtbekanntem Antisemiten" bezeichnen. Ich hatte euch über den gesamten langen Prozess auf dem Laufenden gehalten.....

### **18.05.2016**

LAG unterzeichnet **ECCP –Aufruf** -Es reicht! Schluss mit der Kriminalisierung der BDS-Bewegung für Gerechtigkeit in Palästina! ...

[HTTP://BDS-KAMPAGNE.DE/2016/05/18/ES-REICHT-SCHLUSS-MIT-DER-KRIMINALISIERUNG-DER-BDS-BEWEGUNG-FUER-GERECHTIGKEIT-IN-PALAESTINA-LASST-UNS-DAS-RECHT-AUF-BDS-UNTERSTUETZEN/](http://bds-kampagne.de/2016/05/18/es-reicht-schluss-mit-der-kriminalisierung-der-bds-bewegung-fuer-gerechtigkeit-in-palaestina-lasst-uns-das-recht-auf-bds-unterstuetzen/)

### **11.07.2016**

**DIE ISRAELISCHE KNESSET HAT AM SPÄTEN MONTAGABEND DAS UMSTRITTENE „NGO-GESETZ“ VERABSCHIEDET, trotz internationaler Kritik, auch von deutscher Seite. Nach sechsstündiger hitziger Debatte votierten 57 Abgeordnete bei 48 Gegenstimmen für die Vorlage aus dem Haus der nationalrechten Justizministerin Ajelet Schaked.**

<http://dpg-netz.de/images/stories/pdf/2016/ngo-gesetz.pdf>  
<http://dpg-netz.de/images/stories/bilder/2349077637.jpg>

## STELLUNGNAHME DER LAG GERECHTER FRIEDEN NAHOST

Menschen- und Bürgerrechts-Aktivist\*innen vor der Verfolgung durch israelische Behörden schützen. Israelische und palästinensische Menschen und Bürgerrechts-Aktivist\*innen stehen derzeit unter grossem Druck rechts-nationalistischer Gruppen und staatlicher israelischer Stellen. Organisationen wie B'tselem - deren Mitarbeiter in Hebron unlängst die Hinrichtung eines wehrlosen Palästinensers filmte - oder 'breaking the silence' - die anonymisierte Berichte von Soldaten über illegale Aktionen der israelischen Armee veröffentlicht - werden mit allen Mitteln bedroht - teilweise mithilfe geheimdienstlicher Methoden unterwandert. Dieser Druck hat nach einem Auftritt des israelischen Geheimdienst-Ministers Yisrael Katz ein neues brandgefährliches Niveau erreicht: Katz erklärte auf einer Anti-BDS-Konferenz, dass man für die Bekämpfung der nach dem Vorbild der Anti-Apartheids-Bewegung operierenden BDS-Bewegung auch auf 'civil targeted thwartings' setzen müsse, womit er offen auf die von Israel gegen Palästinenser durchgeführten tödlichen 'targeted thwartings' anspielte. In Anbetracht der aktuellen Welle extra-legaler Hinrichtungen jugendlicher Palästinenser nach Angriffen auf Sicherheitskräfte der Besatzer, muss diese Drohung ernst genommen werden: Omar Barghouti, Gründer und Koordinator der BDS-Bewegung, äusserte sich sehr besorgt über die Entwicklung und wies darauf hin, dass eine solche Aufstachelung nationalistischer Kräfte dazu motivieren könnte BDS-Vertreter zu töten, so ähnlich wie etwa im Fall des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin. Die LAG 'Gerechter Frieden Nahost - Niedersachsen' verurteilt dieses Vorgehen auf das Schärfste. Mord-Drohungen gegen eine Bewegung, deren Forderung allein darin besteht, Israel durch Boycott, Sanktionen und Des-Investment dazu zu zwingen internationales Recht sowie die Menschen und Bürgerrechte der Palästinenser anzuerkennen, verletzen nicht Israels Behauptung, die einzige Demokratie im Nahen Osten zu sein. Wir fordern daher alle fortschrittlichen Kräfte inner- und ausserhalb der Partei dazu auf, ihren Einfluss geltend zu machen, um die bedrohten Gruppen und Aktivist\*innen zu schützen - sowohl inner- als auch ausserhalb Israels - die völlig gewaltlos agieren und daran gehindert werden, von dem Recht auf freie Meinungsäusserung Gebrauch zu machen. Ein Problem, das leider auch in Deutschland existiert, wo gut vernetzte Gruppen daran arbeiten, solche Gruppen und Aktivist\*innen als Antisemiten zu verleumden und zu kriminalisieren, um so alle kritische Stimmen und Berichterstatte\*r zum Schweigen zu bringen. Weiterhin fordert die LAG 'Gerechter Frieden Nahost - Niedersachsen' das EU-Assoziierungsabkommen mit Israel auszusetzen, keine Waffen nach Israel zu liefern und die Einfuhr israelischer Waren aus den besetzten Gebieten in die EU zu untersagen, solange Israel die Menschen und Bürgerrechte der Palästinenser mit Füssen tritt.

14.07.2016

### **SOLIERKLÄRUNG MIT DEM KV WETTERAU ZUR VERANSTALTUNG MIT MDB ANNETTE GROTH**

Liebe Genoss\*innen und Freund\*innen in und um die LAG Nahost, wir haben unseren Genoss\*innen im KV Wetterau (Hessen) eine Soli-Mail geschrieben. Dort wird heute (14.07.16) die Veranstaltung „Antisemitismus bei der Linken?“ stattfinden.

<https://lagnahost.wordpress.com/2016/07/14/solierklaerung-mit-dem-kv-wetterau-zur-veranstaltung-mit-mdb-annette-groth/>

Liebe Gabi,

liebe Genossinnen, liebe Genossen,

für Eure Veranstaltung mit Genossin Annette Groth morgen Abend möchten wir Euch von Niedersachsen aus den Rücken stärken.

Es ist großartig und notwendig, dass Ihr Euch mit den wichtigen Themen des Nahostkonflikts, des Umgangs damit in der LINKEN und mit der Problematik der Antideutschen auseinandersetzt. Dies ist angesichts des immer aggressiveren Agierens der israelischen Regierung unter Netanyahu und seinem neuen Kriegsminister Liebermann und der Tatsache, dass weder die EU noch die UNO noch der Sicherheitsrat noch die Bundesregierung die fortwährende Verletzung der Menschenrechte und der Normen des Völkerrechtes in dieser Region kritisiert oder sanktioniert, umso wichtiger.

Der Artikel in der heutigen Frankfurter Neuen Presse aber strotzt vor Unwahrheiten und Übertreibungen und ist geeignet, das Ansehen der Beteiligten zu beschädigen.

<http://ndp.fnp.de/lokales/wetterau/Linke-und-Antifa-streiten;art677,2108119>

Die örtliche Antifa BI geht fehl, wenn sie mit den gegebenen Begründungen die Absage der Veranstaltung fordert und dagegen protestieren will, dass ein vernünftiger, sachlicher Austausch stattfindet.

Wir halten es für Unsinn, sich unkritisch auf das Urteil des Simon-Wiesenthal-Centers zu beziehen. Das hatte auch schon andere in seine Antisemit\*innen-Liste aufgenommen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte im Nahostkonflikt einsetzen. Bekanntes Beispiel ist Jakob Augstein, der nachträglich sogar vom Zentralrat der Juden in Deutschland gegen den konstruierten Vorwurf des Antisemitismus in Schutz genommen wurde.

In der Darstellung der FnP wird auch der Vorfall um David Sheen und Max Blumenthal („Toilet-gate“) falsch dargestellt. Es stimmt nicht, dass Annette damals den Genossen Gysi „schreiend bis auf die Toilette verfolgt“ hat. Das kann sogar anhand der vorliegenden Videos widerlegt werden. Es wird aber – Klischees bedienend – so dargestellt, als sei sie dort in irgendeiner Weise aggressiv in Erscheinung getreten. Das Gegenteil war der Fall. Annettes Position als Mitglied im Parlamentsausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe ist in der Frage einer gerechten Friedenslösung im Konfliktgebiet Palästina / Israel eindeutig internationalistisch und reflektiert politisch verantwortungsbewusst die aktuellen politischen Entwicklungen vor Ort. Ihre genaue Analyse der israelischen Siedlungs- und Besatzungspolitik wird in den Pressemitteilungen deutlich, stets verbunden mit unseren konkreten linken Forderungen an die Bundesregierung, wie zum Beispiel nach einem sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen an Israel.

Wenn die Akteure der Antifa BI behaupten, auf Annettes Facebookseite seien „antisemitische Tendenzen“ zu erkennen, ist das ebenfalls diffamierend. Genau wegen solcher Angriffe und Fehldeutungen sind Veranstaltungen wie Eure zu begrüßen und zu unterstützen.

Wir senden Euch unsere herzlichen und solidarischen Grüße

LAG Gerechter Frieden in Nahost / DIE LINKE. Niedersachsen

JULI 2016

## **SOLIDARITÄT MIT BERLIN AGAINST PINKWASHING**

<https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/290471.attacke-unterm-regenbogen.html>

*Zu den Vorfällen auf dem diesjährigen CSD in Berlin haben wir folgende Pressemitteilung verfasst:*

Während der Christopher Street Day- Demo (CSD) am 30.07.2016 in Berlin prügelte das Mitglied des Berliner Landesverbandes der LINKEN Oliver Höfinghoff auf Mitglieder der von israelischen Jüd\*innen gegründeten Gruppierung „Berlin against Pinkwashing“ ein. Der Berliner Landesverband hat sich heute (19.3.2017) nicht dazu verhalten.

<https://lagnahost.wordpress.com/2016/08/08/solidaritaet-mit-berlin-against-pinkwashing/>

4.09.2016

### **Berlin Against Pinkwashing**

4. September 2016

Vielen Dank an die Landesarbeitsgemeinschaft Gerechter Frieden Nahost der [DIE LINKE. Niedersachsen](#) für diese Solidaritätsbekundung!

Wir warten indes noch immer auf eine Stellungnahme vonseiten des CSDs oder der Linken hier in Berlin, warum Mitglieder des Senats am Christopher Street Day queeren Aktivist\_innen unserer Gruppe ohne Konsequenzen Gewalt antun durften.

## **ab Sommer 2016**

### **Antisemitismusvorwürfe gegen ein Seminar an der HAWK Hildesheim erlangt**

*deutschlandweite und internationale Aufmerksamkeit – Der israelische Botschafter fragt Herrn Weil: Hat Niedersachsen ein Antisemitismusproblem ?*

<https://lagnahost.wordpress.com/2016/08/03/hawk-hochschuleitung-begruesst-unabhaengiges-gutachten/>

Seit Monaten tobt ein Streit um ein Seminar an der Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim. Inzwischen spricht man in ganz Deutschland davon und die Welle schwappte sogar bis nach Israel rüber, wo man in Regierungskreisen die Hochschule sogar als „Hass-Fabrik“ bezeichnet hat. Kulminiert ist die Debatte bei einer zunehmend hitzigen Diskussion in den Räumen der Jüdischen Gemeinde in Hannover. Es sollte eine Debatte über „Antisemitismus“ sein und es wurde, wie es die Hannoversche Allgemeine schreibt, ein „Tribunal für eine Hochschulpräsidentin“..

**Podiumsdiskussion in Hannover** - Donnerstag, 15. Sept. 2016, 18.30 Uhr

Teilnahme: Kerstin, Eberhard, Andreas

**Wo beginnt israelbezogener Antisemitismus?**

Die HAWK Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzmarkt/Göttingen bietet seit vielen Jahren am Standort Hildesheim das Seminar „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“ an.

Mehrere Wissenschaftler und politische Akteure stufen das Seminar als antisraelisch und antisemitisch ein. So wird u.a. Israel in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt, aus verschwörungsideologischen Blogs zitiert und dem israelischen Militär Handel mit Organen getöteter Palästinenser vorgeworfen sowie um Verständnis für Selbstmordattentäter geworben.

Die HAWK in Hildesheim sieht jedoch „keinen Anhaltspunkt, dass in dieser Lehrveranstaltung antisraelische oder antisemitische Inhalte

in unzulässiger Weise propagiert werden“ (Zitat Stellungnahme der HAWK) und begrüßt die Fortführung dieses Seminars ausdrücklich.

**Gibt es eine zulässige Weise, antiisraelische und antisemitische Inhalte zu propagieren?**

**Podiumsdiskussion**

Prof. Dr. Wolfram Stender  
Hochschule Hannover

Prof. Dr. Christiane Dienel  
Präsidentin der HAWK Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzmarkt/Göttingen

Prof. Dr. Christa Paulini  
Dekanin der HAWK in Hildesheim

Daniel Botmann  
Geschäftsführer des Zentralsrats der Juden in Deutschland

Anetta Kahane  
Vorsitzende der Anasim Antisemitismus Stiftung

Dr. Kay Schweigmann-Grewe  
Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Hannover

**Einführung:** Dr. Sebastian Winter, Arbeitsgemeinschaft Politische Psychologie  
**Moderation:** Jens Ihnen, Sozialpsychologe

Kerstin veröffentlicht am [Tag](#) danach:

....ja, es war eine öffentliche Hinrichtung und Frau Prof. Dienel wurde sozusagen auf das Schafott gehoben am Abend des 15.09.2016 in der Üstra-Remise in Hannover. Mitstreiter unserer Landesarbeitsgemeinschaft „Gerechter Frieden in Nahost / in Die LINKE waren vor Ort, auch Freunde der „PalästinaInitiative Hannover“. Leute, es war grauenvoll ! Broder hat alles gegeben, sein Hund auf dem Sessel neben ihm und der eigene Kameramann – Teil der Aufführung. Es war insgesamt eine fein eingefädelte Inszenierung – perfide und fernab von einer Tatsachendiskussion zum angekündigten Thema „Ist Kritik an Israel gleich Antisemitismus?“ Man war auf dem Podium (bedauerlicherweise) unter sich und sich schnell einig: das Problem saß selbst auf dem Podium – die Antisemitin Dienel ! Die Beweise bzgl. antisemitischer Unterrichtsmaterialien wurden dem Publikum u. a. anhand vorbereiteter großformatiger Ausdrucke präsentiert. ...da war es zu vernachlässigen, dass die Präsidentin die Verwendung umgehend dementierte. Es wurde zu Beginn bereits deutlich, sie hatte keine Chance! Und heute finde ich in der aktuellen Ausgabe von medico.international bestätigt, was wir wissen und uns die s.g. Qualitätsmedien tagtäglich verschweigen. Die Verfolgung, Bedrohung und Einschüchterung von Menschenrechtsaktivisten durch die Israel-Lobby nimmt neue Dimensionen an. Es soll Angst verbreitet werden, Angst, die uns daran hindern soll, die „andere“ Wahrheit über das israelische Besatzungsregime öffentlich zu machen, die Wahrheit, die die Bundesregierung unter Bezug auf eine unreflektierte Staatsräson nicht zulassen will. Die Berichterstattung der öffentlich Rechtlichen betätigt sich konsequent daran, die Palästinenser zu dämonisieren. Da hilft es wenig, wenn es ab und an in homöopathischen Dosen auch kritisches über Israel zu lesen und zu sehen gibt, wie den öffentlich verissenen Beitrag der ARD vom Redakteur Markus Rosch zur Wasserversorgung im besetzten Westjordanland vor einigen Wochen. Danach erhielt der Redakteur Todesdrohungen. Nicht mit einem einzigen Wort erwähnte das „Tribunal“ in Hannover die aussichtslose Lage der eigentlichen Opfer israelischer Apartheidspolitik in den o.T. – die Palästinenser und die fortschreitende Erosion der Demokratie in Israel, Preis des alles überlagernden Sicherheitsdiskurses. Kein Wort zur Militärgerichtsbarkeit, keines zur Administrativhaft v.a. von Kindern, keines zu den täglichen Verletzungen des internationalen Kinder-Menschen- und Völkerrechtes durch israelische Besatzung. Keines zu Häuserzerstörungen und Vertreibung und dem soeben begonnenen Bau einer ober- und unterirdischen Mauer...Keines zur militärischen Zusammenarbeit der Bundesregierung mit Israel und der geplanten Anschaffung von Kampfdrohnen eines israelischen Herstellers für die Bundeswehr und deren Stationierung in Israel. Die zur Lobby gehörenden Antideutschen, die Broders Frontalangriff gegen die Präsidentin frenetischen beklatschten, waren selbstverständlich im Saal..verfolgten das Schafott genüsslich. Nachdem der Vertreter des ZdJ zum wiederholten Male in Richtung Dienel drohte, man werde ihr Antisemitismus nicht durchgehen lassen...hing diese Bedrohung im plötzlich stillen Saal. Denen, die sich Minuten vorher noch durch Broder belustigen ließen, blieb das Lachen im Halse stecken.

„Wie ist es möglich, dass eine Gesellschaft sich so verändert, dass eine große Gruppe von Menschen und ihre Repräsentanten Gewalt zu einer Form von moralischem Verhalten machen können“ fragt die israelische Soziologin Eva Illouz kürzlich in der Haaretz. Es wird möglich, wenn wir Demokraten und Aktivisten Tribunale zulassen, wie am 15.09. in Hannover geschehen. Wir müssen lauter werden!

2.09.2016

## **INTERNATIONALE AKTIVISTINNEN DER ZAYTOUNA-OLIVA FREILASSEN – GAZA-BLOCKADE AUFHEBEN! – LAG WANDTE SICH PER MAIL AN DT. AUßENMINISTER/ (MAILSTORM UND TWITTER-STORM)**

<https://lagnahost.wordpress.com/2016/10/06/aktivistinnen-der-zaytouna-oliva-freilassen-gaza-blockade-aufheben/#comments>

<https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/292941.frauen-f%C3%BCr-gaza.html>

videos: <https://wbg.freedomflotilla.org/sos-video-messages-from-zaytouna>

**Pressemitteilung von Annette Groth (MdB DIE LINKE) zur Enterung der Zaytouna-Olivia (Women’s boat to Gaza 2016)** „Die internationale Gemeinschaft muss sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Aktivistinnen, die gestern durch die israelische Marine in internationalen Gewässern gekidnappt worden sind, umgehend freigelassen werden! Es ist eine Schande, dass die Gaza-Blockade bis heute mit all ihren fatalen Folgen aufrecht erhalten wird und die Welt dies hinnimmt, anstatt wie die Aktivistinnen der Zaytouna-Olivia ernsthaft für das Recht der Bewohner Gazas auf Freiheit und ein würdevolles Leben einzutreten!“.

NOVEMBER 2016

## **LAG UNTERSTÜTZT MIT PERSÖNLICHER TEILNAHME AN DEN VERANSTALTUNGEN IN GÖTTINGEN – „VORLESUNGSREIHE: NAHER OSTEN-FERNER FRIEDEN“ UND ERÖFFNUNG DER NAKBA IN UNIFERNEN RÄUMEN**

### **GÖTTINGEN: ANTISEMITISMUSKAMPAGNE GEGEN DIE NAKBA-AUSSTELLUNG**

**Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e. V.** *Stellungnahme gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit an der Georg-August-Universität Göttingen* <http://www.juedische-stimme.de/?p=2009>

Die Präsidentin der Georg-August-Universität Göttingen, Prof. Dr. Ulrike Beisiegel, hat mehrmals die Verschiebung der Nakba-Ausstellung veranlasst, welche im Universitätsgebäude hätte gezeigt werden sollen. Die Ausstellung war für November geplant und von der Universität genehmigt worden. Doch nachdem Gruppen, die die israelische Regierung nahestehen, Druck auf die Universitätsleitung ausübten, entschied die Präsidentin, die Ausstellung zu verschieben, um eine „wissenschaftliche Debatte“ zu ermöglichen. Nach mehrmaliger Vertagung beschloss sie nun, dass die Ausstellung nicht im Wintersemester 2016/17 gezeigt werden dürfe. Daraufhin entschlossen sich die Organisator\_innen der Ausstellung, diese an einem anderen Ort zu zeigen. Die Universität Göttingen ist stolz auf ihr Erbe als Verteidigerin der Meinungsfreiheit. Sie befindet sich am „Platz der Göttinger Sieben“ im Andenken an Professor\_innen, die keine Angst hatten, auf ihr Recht zu bestehen, Fakten und Meinungen zu äußern, auch wenn diese nicht von den jeweils Herrschenden akzeptiert wurden. In dieser Hinsicht ist es eine herbe Enttäuschung zu beobachten, dass die Universalität heute zu einem Symbol der Repression akademischer Redefreiheit und des historischen Revisionismus geworden ist.

Die Nakba-Ausstellung bietet eine wertvolle Einführung in die komplexe und tragische Geschichte der ethnischen Säuberung in Palästina, im Zuge derer 700.000 Palästinenser\_innen – die Mehrheit der damaligen Bevölkerung Palästinas – zu Flüchtlingen wurden, denen bis heute nicht erlaubt wird, in ihr Heimatland zurückzukehren, und das trotz der UN-Resolution 194, die ihr Rückkehrrecht bekräftigt. Ingrid Rumpf erhielt 2014 den Palästina-Solidaritätspreis für ihr Engagement, Wissen über die Nakba in Deutschland mithilfe besagter Ausstellung zu verbreiten. Die historischen Fakten

der Nakba sind längst kein Geheimnis mehr. Seit der Öffnung israelischer Militärarchive in den 1980er Jahren haben viele Historiker\_innen, die meisten von ihnen Israelis, umfangreiche Beweise für die vorsätzliche und systematische Vertreibung der Palästinenser\_innen aus ihren Häusern zusammengetragen. Als in Deutschland lebende Juden und Jüdinnen wissen wir, dass eine Leugnung des Holocaust nicht nur eine Angelegenheit historischer Interpretation ist, sondern Teil einer antisemitischen Weltanschauung mit direkten Auswirkungen auf Juden und Jüdinnen heute. Wir bestehen darauf, dass die historischen Fakten dieser Tragödie in unserer Geschichte, in unseren Familien, nicht verschwiegen werden. Wir können jedoch nur darauf bestehen, indem wir konsequent und folgerichtig darauf bestehen, dass Geschichte niemals verschwiegen wird. In diesem Sinne und auf der Grundlage derselben universellen moralischen Werte dürfen auch die historischen Fakten der Tragödie in der palästinensischen Geschichte nicht verschwiegen werden.

Wir rufen die Georg-August-Universität dazu auf, ihre Entscheidung sofort aufzuheben und es zu gestatten, dass die äußerst wichtige Nakba-Ausstellung an der Universität gezeigt werden kann, sodass die dort beschriebenen Ereignisse weder vergessen noch wiederholt werden.

### 17.12.2016 – LAG unterstützt die Solidaritätskampagne für die JS mit Erklärung

**Die Kündigung des Kontos der „Jüdischen Stimme“ durch die Bank für Sozialwirtschaft ist ein weiterer skandalöser Vorgang und Teil der gegenwärtig in ganz Deutschland geführten politischen Kampagne gegen Kritiker\*innen der israelischen Regierungspolitik**

**Die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ (JS) verstummt nicht!**

<https://lagnahost.wordpress.com/2016/12/17/die-juedische-stimme-fuer-gerechten-frieden-in-nahost-js-verstummt-nicht/>

#### **Wir protestieren!**

Die Kündigung des Kontos der „Jüdischen Stimme“ durch die Bank für Sozialwirtschaft ist ein weiterer skandalöser Vorgang und Teil der gegenwärtig in ganz Deutschland geführten politischen Kampagne gegen Kritiker\*innen der israelischen Regierungspolitik mit dem Ziel, jegliche Aufklärungsarbeit und das Aufzeigen der tagtäglichen Menschenrechtsverletzungen und israelischen Verstöße gegen das Völkerrecht in Palästina zu unterbinden.

Nachdem mit denunzierender öffentlicher Presse und Drohungen gegen Organisationen, Initiativen, Publizist\*innen und Kulturschaffende vorgegangen wurde und wird, die für die Rechte der Palästinenser\*innen eintreten und die Kritik an der Politik der rechtskonservativen Regierung Netanjahus in den öffentlichen Diskurs bringen, maßt sich nun eine deutsche Bank das Monopol auf Meinungsbildung an. In einem beispiellosen Akt der politischen Zensur wird versucht, den so notwendigen demokratischen Dialog über die völkerrechtswidrige Besatzungspolitik der israelischen Regierung in Palästina mit all ihren Folgen gerade in Deutschland zu verhindern und Menschenrechtsaktivist\*innen zum Verstummen zu bringen.

#### **Wir fordern!**

Es gilt Artikel 5 des Grundgesetzes – dieser garantiert jedem in diesem Land das Recht, „seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten“.

Wenn die Bank für Sozialwirtschaft in ihrer Webpräsenz ein ethisches Unternehmensleitbild entwirft, das von sozialem Engagement und dem Gedanken der Nachhaltigkeit geprägt scheint, so sanktioniert sie mit der Kündigung des Kontos das Eintreten der JS für die Verwirklichung der universellen Menschenrechte in Israel und Palästina sowie für eine gerechte Friedenslösung zwischen beiden Völkern. In ihrem Statement hat die Bank zu keinem Zeitpunkt eine palästinensische Sichtweise in ihre Erwägungen mit einbezogen.

#### **Ein Fall für die Bafin?**

Versteckte sich die Bank gegenüber der Jüdischen Stimme zunächst hinter dem Bankengeheimnis und gibt keinerlei Gründe für die Kündigung an, hindert sie dies jedoch nicht daran, eben diese Kündigung über einen in der „Jerusalem Post“ erscheinenden aufgeblähten propagandistischen Artikel öffentlich zu machen und damit das Bankgeheimnis in grübster Form zu verletzen. (<http://www.jpost.com/Diaspora/German-bank-pulls-plug-on-anti-Israel-BDS-bank-account-473736>). Kann eine Bank, die so offen gegen verbraucherschützende Vorschriften verstößt, überhaupt noch ihre Lizenz behalten?

**Gegen eine politische Zensur!**

Schließlich benennt die Bank für Sozialwirtschaft unter öffentlichem Druck als Kündigungsgrund stark divergierende politische Meinungen zum Nahost-Konflikt und dem Verhältnis zwischen den Palästinensern und dem Staat Israel sowie das Eintreten der JS für die BDS-Kampagne.

Die Jüdische Stimme selbst beschreibt den politischen Charakter dieser gewaltfreien Protestbewegung sowie die Haltung ihrer Mitglieder dazu folgendermaßen:

*„Der von der JS unterzeichnete BDS-Aufruf (vgl. <http://bds-kampagne.de/aufruf/deutschlandweiter-bds-aufruf/>) ist an klare Bedingungen geknüpft. Er richtet sich insbesondere nicht gegen den international anerkannten Staat Israel, sondern unmissverständlich gegen die Besatzungs-, Siedlungs- und Ausgrenzungspolitik seiner Regierungen. Mit prinzipiell gewaltfreien Protestformen widersetzen sich Zivilgesellschaften allerorts gegen die anhaltende Verletzung internationalen Rechts durch Israels Regierungen.“*

Wir weisen die Bank für Sozialwirtschaft ausdrücklich darauf hin, dass Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik am 28.10.2016 Angriffe auf die Verteidiger\*innen der Menschenrechte verurteilte und das Recht von europäischen Bürger\*innen auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit bekräftigte. Sie führte aus, dass auch die Beteiligung an der palästinensisch geführten Bewegung für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) durch dieses Recht geschützt werde. <http://www.eccpalestine.org/eu-high-representative-federica-mogherini-affirms-the-right-to-bds/>

**Unsere Solidarität !**

Wir schließen uns der an die Öffentlichkeit gerichteten Forderung der JS an, eventuell bestehende Mitgliedschaften bei der Bank für Sozialwirtschaft kritisch zu prüfen und ggf. ihre Konten zu kündigen.

Wir Genoss\*innen der LAG bekräftigen weiterhin unseren Anspruch, als Teil unserer internationalistischen Partei des Völkerrechtes, einen offenen, kritischen und kreativen politischen Diskurs unter Einbeziehung aller fortschrittlichen Menschen für einen gerechten Frieden und die dafür notwendigen Lösungsansätze führen zu wollen. Alle bisher getroffenen Resolutionen der Vereinten Nationen sowie Konferenzen und Abkommen, alle internationalen Verurteilungen, haben Israels Regierungen nicht von seiner Politik der Besatzung und Diskriminierung gegen Palästinenser\*innen in Palästina und Israel abbringen können. Es fehlt vor allem an der Bereitschaft der Bündnispartner Israels, der USA sowie der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, eingeschlossen die besondere Verantwortung der Bundesregierung, den erforderlichen politischen und wirtschaftlichen Druck auf Israel auszuüben. **Druck aber tut Not!**

Wir begrüßen und unterstützen den ungebrochenen Einsatz der JS für die Verwirklichung der universellen Menschenrechte in Israel und Palästina sowie für eine gerechte Friedenslösung zwischen beiden Völkern.

**Die „Jüdische Stimme für Gerechten Frieden in Nahost“ verstummt nicht!**

23.12.2016

**Das Jahr endet mit einem Paukenschlag im Sicherheitsrat der UNO:**

Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrates für Siedlungsstopp im besetzten Palästina wird verabschiedet:

<https://www.jungewelt.de/m/artikel/299797.obama-tritt-nach.html>

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1036486.israel-bestellt-wegen-un-resolution-botschafter-ein.html>

Liebe GenossInnen,  
liebe Mitlesende,

bitte nehmt den Text der UN-Res. 2334 vom 23.12.2016 zur Kenntnis:

Resolution 2334 (2016) Adopted by the Security Council at its 7853rd meeting, on 23 December 2016 The Security Council, Reaffirming its relevant resolutions, including resolutions 242 (1967), 338 (1973), 446 (1979), 452 (1979), 4

[https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/c/c7/United\\_Nations\\_Security\\_Council\\_Resolution\\_2334.pdf](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/c/c7/United_Nations_Security_Council_Resolution_2334.pdf)

Die Resolution sagt klipp und klar, dass die gesamte Praxis Israels illegal und ein flagranter Verstoß gegen das Völkerrecht ist, systematisch und skrupellos. Alle Siedlungen müssen SOFORT geschlossen werden. Affirmative Schritte gegen diese Entwicklungen vor Ort müssen SOFORT unternommen werden.

The Security Council,

...  
Reaffirming its relevant resolutions, including 242 338, 446, 452 , 465, 476, 478, 1397, 1515 and 1850,

...  
Reaffirming the obligation of Israel, the occupying Power, to abide scrupulously by its legal obligations and responsibilities under the Fourth Geneva Convention ...

1. Reaffirms that the establishment by Israel of settlements in the Palestinian territory occupied since 1967, including East Jerusalem, has no legal validity and constitutes a flagrant violation under international law and a major obstacle to the achievement of the two-State solution and a just, lasting and comprehensive peace;
2. Reiterates its demand that Israel immediately and completely cease all settlement activities in the occupied Palestinian territory, including East Jerusalem, and that it fully respect all of its legal obligations in that regard;
3. Underlines that it will not recognize any changes to the 4 June 1967 lines, including with regard to Jerusalem, other than those agreed by the parties through negotiations;
4. Stresses that the cessation of all Israeli settlement activities is essential for salvaging the two-State solution, and calls for affirmative steps to be taken immediately to reverse the negative trends on the ground that are imperilling the two-State solution;

Haltung der Bundesregierung ? - "Weiter so" in der dt. Nahost-Politik ist Brechung des Völkerrechtes !!!

Die Res. 2334 ist eindeutig - sie bezieht alle bisherigen Resolutionen ein bzw. beruft sich auf diese: Reaffirming its relevant resolutions, including 242 338, 446, 452 , 465, 476, 478, 1397, 1515 and 1850 !!!!

**Danke an EDGAR und an MEIKE 😊😊**

**Für die Pflege Unserer Homepage – Unsere Diskussionsplattform nach innen und außen  
ausgezeichnetes Design- aktuell -politisch brisant - informativ –**

**Wir erwarten mehr Diskussion und Kommentierungen !**



**Mitgliederstatistik der LAG (19.03.2017):**

**63 Mitglieder – davon 57 GenossInnen  
4 Mitglieder nicht aus Niedersachsen**

Hannover, 18.03.2017

Kerstin



